

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

D. Teilungen nehmen die Anzeigen und für Zusendungen die Postkonten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Verlagsgesellschaft für Anzeigen aus Aue und Umgebung 90 Pfennige, auswärtsige Anzeigen 20 Pfennige, Reklamapostkarte 20 Pfennige, auswärtsige Reklamapostkarte 30 Pfennige, amtliche Zelle 20 Pfennige.

Telegramme: Tagblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1906

Nr. 92

Sonnabend, den 20. April 1929

24. Jahrgang

Vor dem Ende der Pariser Konferenz?

Die gestrigen Reparationsverhandlungen

Ueber den Verlauf der gestern im Unterausschuß Revelstoke geführten Verhandlungen ist zu berichten, daß Owen D. Young den Vorschlag machte. Die deutsche Delegation hatte zwei Vorschläge (A und B) (s. unten) unterbreitet, die zu dem gleichen Gesamtergebnis (37 Jahreszahlungen von je 1650 Millionen Mark) führten. Der Vorschlag A, der einen Teil der zu zahlenden Summe außerhalb des Transferschutzes lassen sollte, und dessen Annahme gewisse Voraussetzungen hinsichtlich der Möglichkeit einer Ausdehnung der Ausfuhr und der Erhöhung der deutschen Zahlungsfähigkeit enthielt, wurde überhaupt nicht besprochen, sondern nur der Vorschlag B, der die deutschen Zahlungen etwa unter den gleichen Schutz stellen sollte, wie er im Dawesabkommen vorgesehen ist.

Es ist von vornherein in der gestrigen Nachmittags-Sitzung ersichtlich gewesen, daß man nur bereit war, weiter zu verhandeln, wenn die deutsche Delegation eine Erhöhung der Gesamtjahreszahlung zubilligen würde. Die deutsche Delegation hat erklärt, daß sie bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland nicht in der Lage sei, eine höhere Annuität zu befürworten. Sie hat hinzugefügt, daß, wenn aus der Mitte des Ausschusses noch irgendeine Anregung gegeben werden könne, die erwarten ließe, daß sich daraus eine Verstärkung der deutschen Leistungsfähigkeit erzielen lasse, sie dann bereit wäre, auch über eine höhere Annuität zu diskutieren. Es ist aber keinerlei derartige Anregung mehr gegeben worden, wie überhaupt festzustellen ist, daß auf dieser Konferenz, von keinen Detailfragen abgesehen, nahezu sämtliche Anregungen von deutscher Seite gekommen sind. Daraufhin hat die Gegenseite festgestellt, daß eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte nicht zu erzielen sei, und in diesem Sinne wird der heutigen Vollsitzung, die auf 11 Uhr einberufen worden ist, berichtet werden.

Es ist anzunehmen, daß die Reparationskonferenz nunmehr beschließen wird, die Aussprache zu beenden und einen Bericht zu erstatten über all das, was während der eifrigsten Verhandlungen vor sich gegangen ist. An der Abfassung dieses Berichtes wird sich die deutsche Delegation selbstverständlich beteiligen. Voraussetzungen aber das, was etwa noch beschlossen werden könnte, können natürlich nicht gemacht werden. Es ist ausdrücklich zu betonen, daß die deutsche Delegation ihren Vorschlägen niemals einen ultimativen Charakter gegeben hat. Sie hat sich vielmehr, wie wiederholt betont wurde, ausdrücklich zu einer weiteren Debatte bereit erklärt, wenn irgendwelche Vorschläge gemacht werden könnten, die das Risiko, das die deutsche Delegation durch Übernahme einer derartigen Verpflichtung eingehen würde, besser begründen würden.

Das deutsche Reparationsangebot

Das Memorandum, das die deutsche Delegation der Reparationskonferenz überreicht hat, setzt zunächst die Grundzüge auseinander, denen eine Reparationsregelung gerecht werden müßte. In einem weiteren Teil werden die Entwicklung des Dawesplans und die mit ihm gemachten Erfahrungen eingehend besprochen. Es werden weiterhin kurz und genau die wirtschaftlichen Vorbedingungen skizziert, aus deren Erfüllung allein sich die Möglichkeit deutscher Reparationszahlungen ergibt. Darunter finden sie selbstverständlich auch entsprechende Ausführungen über die Notwendigkeit einer Ausweitung des deutschen Warenabsatzes im Auslande. Es wird besonders betont, daß

Deutschland seit Inkrafttreten des Friedensvertrages in Ausübung der Reparationsverpflichtungen insgesamt 46 1/2 Milliarden Goldmark in bar und an Sachlieferungen geleistet hat,

daß diese Leistung aber nur erfolgen konnte durch Veräußerung der Substanz und durch Aufnahme von Auslandsanleihen. Eine neue Reparationszahlung müßte selbstverständlich eine voll-

ständige Aufhebung des gegenwärtig durch den Dawesplan vorgeschriebenen Kontrollsystems mit sich bringen.

Das Memorandum schlägt dann zwei Methoden vor, nämlich einen

Plan A, der 37 Jahreszahlungen von je 1650 Millionen Mark enthält, die in drei Gruppen zerfallen, nämlich 600 Millionen transferschutzloser Teil, 600 Millionen Transferschutz und aufbringungs geschützter Teil und 450 Millionen transferschutzloser Teil, und einen

Plan B, der die gleichen Jahreszahlungen vorsieht, die jedoch nur geschützte Zahlungen darstellen, nämlich 825 Millionen transferschutzloser und 825 Millionen aufbringungs geschützter Teil.

Nach Auffassung des deutschen Memorandums würde der Plan B in Frage kommen, wenn die Summe der sogenannten Chancen für die Leistungsfähigkeit weiter so gering bleibt, wie sie jetzt ist.

Politische Anregungen der deutschen Reparationsdelegation?

Die Agentur Havas verbreitet über den Verlauf der gestrigen Beratungen der Reparationskonferenz folgendes: Dr. Schacht habe in seinem Memorandum während 37 Jahren eine feststehende Jahreszahlung von 1650 Millionen Mark vorgeschlagen, jedoch dargelegt, daß kein Teil dieser Jahreszahlung ungeschützt und mobilisierbar sein könne. Um hinsichtlich dieser Frage der Transferrierung und der Kommerzialisierung nachzugeben, habe der Führer der deutschen Delegation von den Sachverständigen der Gläubigerstaaten entweder eine Verabreichung des Betrages dieser Mindestannuität oder politische Zugeständnisse, wie Aufhebung des Danziger Korridors oder Rückstufung gewisser Kolonien an Deutschland, gefordert, da nach seiner Ansicht die Wirtschaft Deutschlands durch den Verlust dieser Gebiete beeinträchtigt sei.

Im Verlauf der gestrigen Vormittags-Sitzung habe Dr. Schacht seine Vorschläge formell aufrechterhalten und sich formell geweigert, die Erörterung irgendeiner höheren Ziffer ins Auge zu fassen, wenn nicht die Sachverständigenkonferenz bereit sei, in die Aussprache der von der deutschen Delegation geforderten politischen Vorteile einzutreten. Die Sachverständigen der Gläubigerstaaten seien einstimmig der Ansicht gewesen, daß sie sich nicht auf diese Diskussion politischer Art, die vollkommen außerhalb ihrer rein finanziellen Befugnisse liege, einlassen könnten. Unter diesen Bedingungen habe die Konferenz, so heißt es in der Havasdarstellung, nur die grundlegende Meinungsverschiedenheit feststellen können, die angesichts des deutschen Ultimatums sie trenne.

Dazu wird deutscherseits die Erklärung abgegeben, daß im Laufe der gestrigen Sitzung lediglich das Zahlungsschema B besprochen wurde, das an keinerlei Voraussetzung geknüpft ist.

Die heutige Reparations-Sitzung auf Montag vertagt

Lord Revelstoke heute Nacht gestorben

Seine Würdigkeit Lord von Paris die überraschende Nachricht, daß die für heute früh am 11 Uhr einberufene Vollsitzung der Sachverständigenkonferenz auf Montag vertagt worden sei. Kunde man zuerst daran denken, daß inzwischen vielleicht doch noch irgend ein Ausweg gesucht werden sollte, so teilte wenige Minuten später der Funkdienst mit, daß heute Nacht der Führer der englischen Delegation, Lord Revelstoke, gestorben ist. Er schien gestern Abend noch ganz wohl zu sein, hat sich aber ziemlich früh in sein Schlafzimmer zurückgezogen, in dem er heute Morgen tot aufgefunden wurde. Ueber die Todesursache ist noch keine Erklärung erfolgt, jedoch wird angenommen, daß es sich um Herzschwäche handelt.

Bemühungen um eine neue Grundlage der Verhandlungen der Sachverständigenkonferenz?

Die für heute vormittag anberaumte Sitzung der Reparations-Sachverständigenkommission hat nur zwei Minuten gedauert. Sie wurde dazu benutzt, um der englischen Delegation das Beispiel über den plötzlichen Tod Lord Revelstokes anzusprechen, was deutscherseits von Dr. Wieland geschah. Die nächste Vollsitzung ist auf Montag vormittag 11 Uhr anberaumt worden. Etwas Authentischeres darüber, ob die Verhandlungspause dazu benutzt wird, um noch einmal die Möglichkeit einer Verständigung zu suchen, ist nicht bekannt, doch ist ein unkontrollierbares Gerücht im Umlauf, daß Bemühungen unternommen werden, um eine neue Verhandlungsgrundlage zu finden.

Eine französisch-offizielle Heilmeldung

„Havas“ berichtet: In Verfolg der am Donnerstagnachmittag von dem Unterausschuß Revelstoke abgehaltenen Sitzung wird offiziell bekanntgegeben, daß die deutsche Delegation sich geweigert hat, den von ihr am Mittwoch gemachten Vorschlag, während 37 Jahren 1650 Millionen Goldmark zu zahlen, zu erhöhen. Infolgedessen werden die deutschen Delegierten nicht mehr an den Arbeiten der Reparationskonferenz teilnehmen. Die Vertreter der Gläubigerstaaten werden am Freitag eine Sitzung abhalten, um einen Bericht über den Gegenstand ihrer Mission abzufassen und festzustellen, daß es ihnen unmöglich gewesen ist, sich mit den deutschen Delegierten zu verständigen, um eine Lösung des Reparationsproblems zu finden.

Diese von der Agentur Havas als angeblich offiziell angegebene Meldung über den Verlauf und die Ergebnisse der gestrigen Sitzung des Unterausschusses Revelstoke ist völlig irreführend. Die deutschen Delegierten werden selbstverständlich an der heutigen Vollsitzung teilnehmen. Darüber, wie weiter verfahren wird, und insbesondere darüber, ob und wie ein Bericht ausgearbeitet werden soll, wird, wie oben gesagt, die heutige Vollsitzung beschließen.

Die Berliner Presse zum Abbruch im Revelstoke-Ausschuß

Das Scheitern der Verhandlungen in dem Unterausschuß Revelstoke wird von den Blättern als untrügliches Vorzeichen für den Abbruch der Pariser Sachverständigenkonferenz über die endgültige Regelung der Reparationsfrage angesehen.

Der „Vorwärts“ (Hoy.), der erklärt, daß die Sachverständigenkonferenz als gescheitert gelten kann, beschäftigt sich besonders mit dem irreführenden Havas-Kommuniqué, das er den Schlusspunkt eines systematischen Falschjuges nennt, mit dem die französische Regierung seit dem ersten Tage der Konferenz die öffentliche Meinung des eigenen Landes und der ganzen Welt zu beeinflussen versucht hat. Der Zweck dieser Stimmungsmache sei gewesen, die deutschen Vertreter nervös und müde zu machen und sie zu zwingen, nur solche ziffermäßigen Angebote zu unterbreiten, die den abfälligen hochgeschraubten französischen Forderungen einigermaßen entsprächen hätten. Das Ergebnis dieses Falschjuges sei gewesen, daß die Atmosphäre — zwar vielleicht nicht in der Konferenz selbst, aber um die Konferenz herum — so gedrückt, so vergiftet worden sei, daß eine Einigung immer schwerer wurde. Hätten die Sachverständigen wirklich in völliger Unabhängigkeit und frei von diesem Druck beraten können, so hätten sie sich wahrscheinlich längst geeinigt. Im übrigen wird man den heutigen Tag abwarten müssen, ehe man abschließend zu den Pariser Ereignissen Stellung nimmt.

Die „Germania“ (Hr.), die mit dem Abbruch der Pariser Reparationsverhandlungen als gegebene Tatsache rechnet, erklärt: Diese Tatsache mag bedauerlich sein, aber der Abbruch der Verhandlungen ist jedenfalls besser als die Übernahme von Bedingungen, die auf die Dauer für Deutschland untragbar gewesen wären. Die politische Umwertung hat noch einmal den Sieg davongetragen. Trotzdem konstatieren wir diesen bedauerlichen Misserfolg mit dem sichersten Gefühl und der festen Überzeugung, daß die Zeit in der Reparationsfrage Deutschlands besser Bundesgenosse sein wird, wenn das deutsche Volk in Ruhe und Besonnenheit weiterhin den Weg des eigenen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Wiederaufbaues wandeln wird.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (DAB.) wendet sich gegen den Versuch der französischen Propaganda, die Last der Verantwortung für den Abbruch der deutschen Delegation zuzuschreiben, einen Versuch, der sich hauptsächlich an die Bedingungen knüpft, die der von deutscher Seite vorgeschlagene Zahlungsplan A vorsieht. Das Blatt betont: Diese Bedingungen sind rein ökonomischer und finanzieller Natur, während die französische Propaganda behauptet, daß die deutsche Delegation politische Dinge zur Sprache gebracht hätte. Es ist bezeichnend, daß der Plan überhaupt niemals diskutiert worden ist. Es ist ferner bezeichnend, daß Dr. Schacht auf die Zwischenrufe, daß Deutschlands politische Bedingungen gestellt habe, mehrfach erklärt hat, er sei bereit, der Versammlung die eingehendsten Aufschlüsse über die Natur der deutschen Bedingungen zu geben und ihr deren rein wirtschaftlichen Charakter nachzuweisen. Man hat niemals die angebotene Aufklärung erbeuten. Man war eben angeschlossen, hier mit der Propaganda einzugehen.